

Ausschreibung

eines

externen Dienstleisters

für die Befahrung zur Re-Klassifizierung

der baden-württembergischen

Landesradfernwege und die Betreuung der

Qualitätsbeauftragten

Auftraggeber: NVBW – Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbH
Wilhelmsplatz 11
70182 Stuttgart

27.02.2023

Inhaltsverzeichnis

Teil A: Allgemeine Grundsätze der Ausschreibung	4
1. Grundlagen der Ausschreibung	4
2. Gegenstand und Ziel der Ausschreibung	4
2.1 Ausgeschriebene Leistung	4
2.2 Losbildung	4
2.3 Zeit / Ort	5
2.4 Vergütung	5
2.5 Vertragsbedingungen	5
3. Ausschreibungsbedingungen	6
3.1 Grundlagen	6
3.2 Bestimmung über die Einsendung und Abgabe der Angebote	6
3.3 Mitteilung von Unklarheiten in den Verdingungsunterlagen	7
3.4 Zuschlagskriterien	7
3.5 Nebenangebote und Änderungsvorschläge	8
3.6 Erstattung von Aufwendungen	8
3.7 Nachprüfung der Vergabe	8
4. Formale Anforderungen an die Angebote	9
4.1 Abgabe in deutscher Sprache	9
4.2 Notwendiger Angebotsinhalt (Liste der vorzulegenden Unterlagen)	9
4.3 Vollständigkeit des Angebotes	10
4.4 Bindefrist	11
4.5 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen	11
5. Anforderungen an den Bieter, Nachweis der Eignung	11
5.1 Ausschlussgründe	11
5.2 Finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit	11
5.3 Fachkunde, Leistungsfähigkeit, Erfahrung und Zuverlässigkeit	12
5.4 Bietergemeinschaften	12
5.5 Subunternehmer	12
5.6 Nachweise	13
Teil B: Leistungsbeschreibung	14
6. Ausgangslage und geforderter Leistungsumfang	14
7. Arbeitspakete	14
AP 1: Projektsteuerung	14
AP2: Gutachterliche und beratende Tätigkeiten zur Nachklassifizierung	15
AP3: Unterstützung der Qualitätsbeauftragten im Nachklassifizierungsverfahren	17
Option 1: Unterstützung der Qualitätsbeauftragten außerhalb des Nachklassifizierungsverfahrens	17
Option 2: Pauschalpreise: Teilnahme an Gremiensitzungen und Veranstaltungen	18

Option 3: Aktivierung kleinerer Kommunen	18
Anmerkung	19
Anlagenverzeichnis	20

Teil A: Allgemeine Grundsätze der Ausschreibung

1. Grundlagen der Ausschreibung

Auftraggeber (AG) ist die

NVBW – Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbH
Wilhelmsplatz 11
70182 Stuttgart

Die NVBW wurde im Jahr 1996 im Zuge der Regionalisierung gegründet. Eigentümer und alleiniger Gesellschafter der NVBW ist das Land Baden-Württemberg. Die NVBW berät und unterstützt das Land Baden-Württemberg, vertreten durch das Ministerium für Verkehr (VM), insbesondere bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben als Aufgabenträger und Besteller für den SPNV in Baden-Württemberg. Seit September 2008 berät und unterstützt die NVBW das Ministerium bei der landesweiten Förderung des Radverkehrs, im Mai 2014 ist noch die Beratung und Unterstützung des Ministeriums bei der landesweiten Fußverkehrsförderung hinzugekommen. Weitere Informationen über die NVBW bietet das Internet unter www.nvbw.de.

Der Bereich Neue Mobilität der NVBW unterstützt als Ideengeber und Netzwerkknoten Kommunen, Verkehrsverbünde und weitere Akteure in Baden-Württemberg, um vor Ort klimafreundliche Mobilität voranzubringen. Ob in den Themenfeldern Fußverkehr, Ortsmitten, Radverkehr, Mobilitätsdaten und -dienste, Innovationen oder beim Klimaschutz im Verkehr – gemeinsam treiben wir neue Mobilität voran. Weitere Informationen finden Sie auf www.aktivmobil-bw.de.

2. Gegenstand und Ziel der Ausschreibung

2.1 Ausgeschriebene Leistung

Im Rahmen der regelmäßigen Re-Zertifizierung der baden-württembergischer Landesradfernwege als ADFC-Qualitätsradroute wird ein Dienstleister für die Befahrung und Vorbereitung der Re-Klassifizierung sowie die Betreuung der Qualitätsbeauftragten gesucht.

Die konkreten Anforderungen der zu erbringenden Leistung ergeben sich aus Kap. 6 ff. / Teil B.

2.2 Losbildung

Eine Vergabe in Losen findet nicht statt, da eine Trennung der Leistungsbestandteile inhaltlich und wirtschaftlich nicht durchführbar ist.

2.3 Zeit / Ort

Die Vertragslaufzeit beginnt mit der Auftragserteilung voraus. am 15.05.2023 und endet am 31.12.2026.

Ort der Leistungserbringung und Gerichtsstand ist Stuttgart.

2.4 Vergütung

Die Vergütung erfolgt zu dem vereinbarten Entgelt nach Rechnungsstellung. Der jeweilige Arbeitsfortschritt ist darzustellen und das Leistungsdatum ist anzugeben. Die Rechnungsstellung kann nur auf Nachweis erfolgen. Die gesetzliche Mehrwertsteuer ist auszuweisen.

Ergänzende Leistungen können nur nach expliziter vorheriger Beauftragung/Freigabe durch den Auftraggeber auf Stunden- bzw. Tagessatzbasis abgerechnet werden.

Ab dem 01. Januar 2022 sind Sie als öffentlicher Auftragnehmer nach § 4a E-Government-Gesetz Baden-Württemberg in Verbindung mit der E-Rechnungsverordnung Baden-Württemberg grundsätzlich zur elektronischen Rechnungsstellung verpflichtet. Eine Ausnahme von diesem Grundsatz gilt nur für Rechnungen bis zu einem Betrag von 1.000 Euro ohne Umsatzsteuer. Für die elektronische Rechnungsstellung verwenden Sie bitte ausschließlich den Zentralen Rechnungseingang Baden-Württemberg, den Sie zusammen mit weiteren Informationen unter <https://service-bw.de/erechnung> erreichen. Ihr Rechnungsdokument muss dazu im Standard XRechnung oder einem anderen der Norm EN 16931 entsprechenden Format erstellt werden und im Feld Buyer-Reference (BT-10) unsere Leitweg-ID 08-A5612-95 aufweisen.

2.5 Vertragsbedingungen

Der Vertrag kommt mit dem Zuschlag zustande. Vertragsbestandteile werden kumulativ:

- die Ausschreibungsbedingungen aus diesen Verdingungsunterlagen,
- die Leistungsbeschreibung aus dem Angebot des Bieters und
- die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B),
- die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der NVBW (Stand 2020).

Es gelten ausschließlich unsere AGB vom Dezember 2020, die diesem Schreiben beiliegen. Allgemeine Geschäftsbedingungen der Bieter werden nicht akzeptiert und führen zum Ausschluss. Im Zweifel gehen die Anforderungen aus der Ausschreibung den Ausführungen im Angebot vor, sofern nichts gesondert vereinbart wird.

Es gelten die **Besondere Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für**

öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG) (siehe beiliegend).

Es gelten die über <https://service-bw.de/erechnung> einsehbaren Nutzungsbedingungen nebst Anlage (Technische Informationen) des Zentralen Rechnungseingangs Baden-Württemberg in der zum Zeitpunkt der Einbringung der elektronischen Rechnung gültigen Fassung.

3. Ausschreibungsbedingungen

3.1 Grundlagen

Der Auftraggeber geht davon aus, dass der Auftragswert den Schwellenwert für Leistungen nach § 106 GWB überschreitet. Es wird eine europaweite Ausschreibung im **offenen Verfahren** gemäß § 119 GWB durchgeführt.

Die Verdingungsunterlagen dürfen nur zur Erstellung eines Angebotes verwendet werden; jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) ist ohne die ausdrückliche Genehmigung der ausschreibenden Stelle nicht gestattet.

Der Bieter hat, auch nach Beendigung der Angebotsphase, über die ihm bei seiner Tätigkeit bekannt gewordenen Angelegenheiten des Landes Baden-Württemberg Verschwiegenheit zu wahren. Er hat hierzu auch die bei der Erstellung und Vorbereitung des Angebotes beschäftigten Mitarbeiter zu verpflichten. Ebenso verpflichtet sich das Land Baden-Württemberg, alle Angebotsunterlagen vertraulich zu behandeln und nicht an Dritte weiterzugeben. Die Regelungen zum Datenschutz sind auf der Webseite der NVBW veröffentlicht.

3.2 Bestimmung über die Einsendung und Abgabe der Angebote

Das Angebot muss vollständig, in deutscher Sprache und von einer zeichnungsberechtigten Person unterschrieben bis zum

Montag, 03.04.2023, 12:00 Uhr

in elektronischer Form bei der

NVBW – Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbH - Vergabestelle
auf dem Portal von **DTVP** unter **www.dtv.de** mit angegebener Nummer vorliegen.

Angebote, die zu diesem Zeitpunkt nicht in vollständiger Form vorliegen, werden nicht berücksichtigt. Die Öffnung erfolgt am selben Tag bei der NVBW. Bieter sind bei der Öffnung nicht zugelassen.

Die Angebote werden im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen vertraulich behandelt. Die von den Bietern erbetenen personenbedingten Angaben werden im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert.

3.3 Mitteilung von Unklarheiten in den Verdingungsunterlagen

Enthalten diese Verdingungsunterlagen nach Auffassung des Bewerbers Unklarheiten, so hat der Bewerber unverzüglich den Auftraggeber vor Angebotsabgabe in ausschließlich schriftlicher Form über das **Portal DTVP** darauf hinzuweisen.

Fragen zum Angebot müssen **ausschließlich** schriftlich in deutscher Sprache bis zum

Donnerstag, 23.03.2023, 12:00 Uhr

auf dem Portal von **DTVP** unter **www.dtvp.de** mit **angegebener Nummer** eingereicht werden.

Die Antworten werden ebenfalls schriftlich gegeben. Sowohl Fragen als auch Antworten werden, soweit sie von allgemeinem Interesse sind, in anonymisierter Form an alle Bewerber bekannt gegeben. Die Bieter müssen sich fortlaufend und eigeninitiativ über neue Informationen durch Besuch der Webseite unterrichten.

3.4 Zuschlagskriterien

Der Zuschlag wird auf das unter Berücksichtigung aller Umstände wirtschaftlichste Angebot erteilt. Der niedrigste Angebotspreis allein ist nicht entscheidend. Die Bewertung erfolgt anhand folgender Zuschlagskriterien.

1. Preis	55 %
davon Angebotspreis	30 %
davon Preis der Optionen	(25 %)
davon Preis der Option 1	10 %
davon Preis der Option 2	5 %
davon Preis der Option 3	10 %
2. Qualität des Angebots	35 %
Vollständigkeit und Verständlichkeit des Angebots	15 %
Projektsteuerung (inkl. <u>Zeitplan, Berichte</u>)	5 %
Darstellung der organisatorischen Abwicklung der Arbeiten	5 %

Konzept Option 4 (Sensibilisierung kleinerer Kommunen)	10 %
3. Erwartete Qualität anhand Sachkunde und Leistungsfähigkeit	10 %
Nachgewiesene Kompetenzen und Erfahrung mit der Zertifizierung als ADFC-Qualitätsradrouten	5 %
Kenntnis der Akteure im Bereich Radtourismus in Baden-Württemberg und Erfahrung in der Zusammenarbeit	5 %

Die Preisbewertung (Angebotspreis und Preis der Optionen) erfolgt wie folgt: Es wird der Mittelwert aller Angebote ermittelt. Dieser Mittelwert erhält die halbe Punktzahl. 0 Punkte erhält ein fiktives Angebot mit dem 1,5-fachen des Mittelwertes. Die volle Punktzahl erhält ein fiktives Angebot mit dem 0,5-fachen Preis des Mittelwertes. Alle Angebote mit darüber oder darunter liegenden Preisen erhalten ebenfalls 0 bzw. alle Punkte. Die Punkteermittlung für die dazwischen liegenden Preise erfolgt über eine lineare Interpolation gerundet auf volle Punktzahl.

3.5 Nebenangebote und Änderungsvorschläge

Nebenangebote und Änderungsvorschläge sind nicht zulässig.

3.6 Erstattung von Aufwendungen

Aufwendungen, die bei der Angebotserstellung und im weiteren Verlauf des Ausschreibungsvorgangs entstehen, werden nicht erstattet.

3.7 Nachprüfung der Vergabe

Zuständig für die Nachprüfung der Vergabe dieses Auftrags im Verfahren nach §§ 155 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) ist die Vergabekammer Baden-Württemberg, beim Regierungspräsidium Karlsruhe:

Vergabekammer Baden-Württemberg
Durlacher Allee 100,
76137 Karlsruhe
Telefon: 0721/926-8730
Telefax: 0721/926-3985

Etwaige Vergabeverstöße muss der Bieter gem. § 160 Abs. 3 GWB unverzüglich rügen. Ein Vergabenachprüfungsantrag ist innerhalb von 15 Kalendertagen nach der Mitteilung der Auftraggeber, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, bei der Vergabekammer einzureichen.

4. Formale Anforderungen an die Angebote

4.1 Abgabe in deutscher Sprache

Das Angebot ist in allen seinen Bestandteilen, inklusive aller geforderten Nachweise und Erklärungen, in deutscher Sprache abzufassen. Ausländische Schriften müssen neben dem Original auch eine deutsche Übersetzung der Nachweise und Erklärungen beilegen. Hierfür entstehende Kosten sind vom Bieter zu tragen. Die Bieter tragen die Verantwortung für die korrekte Übersetzung der eingereichten Nachweise und Erklärungen.

4.2 Notwendiger Angebotsinhalt (Liste der vorzulegenden Unterlagen)

Das Angebot muss folgenden Inhalt umfassen, dabei ist die nachfolgende Gliederung im Angebot einzuhalten:

Teil 1:

- Angebotsschreiben des Bieters mit einer rechtsverbindlichen Unterschrift. Das Angebot einer Bietergemeinschaft muss von allen an der Bietergemeinschaft beteiligten Unternehmen rechtsverbindlich unterschrieben sein. Fehlt die Unterschrift eines Mitgliedes, so liegt kein rechtsverbindliches Angebot der Bietergemeinschaft vor. Das Angebot ist in einem solchen Fall von der Wertung auszuschließen. Kommt jedoch einem Mitglied aufgrund eines rechtsgültigen Gesellschaftsvertrages zum Zeitpunkt der Angebotseröffnung Alleingeschäftsführerbefugnis zu oder ist er aufgrund entsprechender Erklärung aller Bieter für alle bevollmächtigt, so genügt die Unterschrift dieses Mitglieds. Die Alleingeschäftsführerbefugnis ist in diesem Fall nachzuweisen.
- Benennung eines verantwortlichen Ansprechpartners für das Vergabeverfahren (Name, Anschrift, Telefonnummer und E-Mail-Adresse) gemäß Anlage.
- Bestätigung der Bindefrist gemäß Anlage.
- Erklärung des Bieters gemäß Anlage, dass sein Angebot in allen Punkten den Forderungen der Leistungsbeschreibung entspricht und die Regelungen dieser Verdingungsunterlagen von ihm uneingeschränkt akzeptiert werden.
- Eine Erklärung des Bieters gemäß Anlage, dass er sich zur Einhaltung allgemeiner Verschwiegenheit und Vertraulichkeit hinsichtlich der durch die Leistungserbringung erworbenen Informationen verpflichtet.
- Eine Erklärung des Bieters gemäß Anlage, dass er mit Erhalt der vereinbarten Vergütung alle Urheberrechte aus der erbrachten Leistung und die Nutzungsrechte daran an die NVBW bzw. das Verkehrsministerium überträgt.
- Abgabe einer Mindestentgelterklärung gem. § 4 Abs. 1 Landestariftreue- und Mindestlohngesetz Baden-Württemberg (LTMG), gemäß Anlage, ggf. von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft und von Subunternehmern.

- Angabe zu Subunternehmern; vergleiche Teil A Kapitel 5.5

Teil 2: Nachweis der Eignung

- Eigenerklärungen, wie im Einzelnen in Teil A Kapitel 5.1 bis 5.6 gefordert (beachte Anlage).
- Geschäftsbericht des letzten Kalender- oder Wirtschaftsjahres, vgl. Teil A Kap. 5.2.
- Zu erbringende Nachweise über die Referenzen, vgl. Teil A Kap. 5.3.
- Eventuelle Nachweise zur Eignungslieferung durch Subunternehmer
- Gültiges Zertifikat über die abgeschlossene Ausbildung als ADFC-Routeninspektor. Das Zertifikat muss für alle Personen, die für die Befahrung vorgesehen sind, bei Beginn der Vertragslaufzeit vorliegen.

Teil 3: Leistung

- Der Bieter wird gebeten, ein Angebot für den genannten Leistungszeitraum abzugeben.
- **Erläuterungen zum Angebot:**
Der Bieter soll die angebotene Leistung gemäß Teil B erläutern. Insbesondere müssen Vorgehensweise und Arbeitsschritte der Klassifizierungsvorbereitung vollständig dargestellt werden (alle für die Erlangung einer Klassifizierung erforderlichen gutachterlichen Arbeiten).
Für die Abfolge der Arbeitsschritte ist ein exemplarischer Zeitplan beizulegen.
- Benennung eines verantwortlichen Ansprechpartners und der für die Projektleitung vorgesehenen Person (inkl. einer Übersicht über berufliche und fachliche Erfahrungen).
- **Kalkulationsblatt:** Die Verwendung des beigefügten Kalkulationsblattes zur Darlegung des Angebots ist zwingend.
- Die Stunden- und Tagessätze des Bieters sind dazu – vorsorglich – anzugeben.
- Alle Preise sind netto in Euro anzugeben.

4.3 Vollständigkeit des Angebotes

Das Angebot muss vollständig sein; unvollständige Angebote können ausgeschlossen werden. Das Angebot muss die Preise und die in den Verdingungsunterlagen geforderten Erklärungen, Nachweise und Angaben (erforderlichenfalls mit den deutschen Übersetzungen) enthalten. Fehlende oder unvollständige Nachweise und Erklärungen können zum Ausschluss vom Vergabeverfahren führen.

Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Alle Eintragungen müssen dokumentenecht sein. Änderungen an den Verdingungsunterlagen sind unzulässig.

Entspricht der Gesamtbetrag nicht dem Ergebnis der Summe der Einzelposten oder des Produktes von Mengenansatz und Einheitspreis, so sind die Einheitspreise und Einzelpositionen maßgebend.

4.4 Bindefrist

Die Bindefrist läuft bis **30.05.2023**. Bis zum Ablauf dieses Datums ist der Bieter an sein Angebot gebunden.

4.5 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bietern und Bietergemeinschaften, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

5. Anforderungen an den Bieter, Nachweis der Eignung

5.1 Ausschlussgründe

Zur Prüfung der Eignung muss der Bieter gemäß Anlage erklären, ob die unter §§ 123 und 124 GWB genannten Fälle auf ihn zutreffen und inwiefern eine Selbstreinigung nach § 125 GWB vorliegt. Der Auftraggeber kann hierzu geeignete Nachweise nachfordern.

Des Weiteren können Bieter ausgeschlossen werden, die im Vergabeverfahren vorsätzlich unzutreffende Erklärungen in Bezug auf ihre Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit abgegeben haben.

Von der Teilnahme am Vergabeverfahren werden Bieter ausgeschlossen, die aufgrund eines der in Artikel 57 Absatz 1 der Richtlinie 2014/24/EU genannten Gründe rechtskräftig verurteilt worden sind.

5.2 Finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Zur Beurteilung der finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Bieters hat dieser den Geschäftsbericht des letzten Kalender- oder Wirtschaftsjahres, aus dem auch die Eigentums- und Gesellschaftsverhältnisse hervorgehen. Falls durch einen Bieter kein eigener Geschäftsbericht herausgegeben wird, ist die Vorlage des Jahresabschlusses (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und ggf. des Lageberichts) sowie eine Erklärung über die aktuellen Eigentums- und Gesellschaftsverhältnisse ausreichend. Diese Unterlagen sind zwingend für das letzte abgeschlossene Geschäftsjahr vorzulegen.

5.3 Fachkunde, Leistungsfähigkeit, Erfahrung und Zuverlässigkeit

Zur Beurteilung der für die Durchführung der ausgeschriebenen Leistung erforderlichen Fachkunde, Leistungsfähigkeit, Erfahrung und Zuverlässigkeit sind vom Bieter Referenzen über bisher erbrachte Leistungen vorzulegen. Die Bieter müssen bereits Projekte mit vielschichtigen Akteurskonstellationen erfolgreich und fristgerecht abgewickelt haben. Auch müssen bereits bei Beginn des Vertragsverhältnisses konkrete Erfahrungen mit dem Verfahren der Klassifizierung von ADFC-Qualitätsrouten vorhanden sein und nachgewiesen werden. Mit Einreichung des Angebots ist ein Zertifikat über die erfolgreich abgeschlossene Ausbildung der eingesetzten Personen als ADFC-Routeninspektoren vorzulegen. Die Bieter tragen Sorge, dass über die gesamte Vertragslaufzeit hinweg die Gültigkeit (nicht älter als drei Jahre) der Zertifikate gegeben ist. Sollte hierfür eine Aufbau- / Auffrischungsschulung erforderlich sein, verpflichtet sich der Auftragnehmer dies eigenverantwortlich, rechtzeitig und auf eigene Kosten zu absolvieren.

5.4 Bietergemeinschaften

Geben mehrere Unternehmen ein gemeinschaftliches Angebot ab, so hat die Bietergemeinschaft in ihrem Angebot eine von allen Mitgliedern unterschriebene Erklärung abzugeben. In dieser Erklärung muss die Bildung einer Bietergemeinschaft im Auftragsfall organisatorisch geregelt sein. Darüber hinaus sind alle Mitglieder der Bietergemeinschaft aufzuführen und der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter zu benennen. Die entsprechende Vollmacht ist dem Angebot beizufügen. Darüber hinaus ist zu erklären, dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Die oben genannten Nachweise müssen für jedes Mitglied einer Bietergemeinschaft vorgelegt werden. Bei der Beurteilung der Eignung einer Bietergemeinschaft wird die Bietergemeinschaft als Ganzes beurteilt. Die Bildung von Bietergemeinschaft nach Angebotsabgabe ist unzulässig.

5.5 Subunternehmer

Der Auftragnehmer ist berechtigt, Teile der Leistung durch Dritte (Subunternehmer) erbringen zu lassen. Der Auftragnehmer hat daher in seinem Angebot Art und Umfang der Leistungen anzugeben, die er an Subunternehmer übertragen will. Die Subunternehmer sind zu benennen bzw. bekannt zu geben.

Die Beauftragung von Subunternehmern nach Zuschlagserteilung ist nur nach schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers zulässig. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, bei der Weitergabe von Leistungen an Unterauftragnehmer nach den allgemeinen Wettbewerbsgrundsätzen zu verfahren.

Unternehmen, die sich mehrfach – sei es als einzelnes Unternehmen, Mitglied einer Bietergemeinschaft oder Nachunternehmer – an diesem Vergabeverfahren beteiligen, können wegen Verstoßes gegen das Wettbewerbsprinzip ausgeschlossen werden.

5.6 Nachweise

Der Auftraggeber behält sich vor, die bei Abgabe des Angebots nicht vorliegenden bzw. nicht den Anforderungen entsprechenden Dokumente zum Nachweis der Eignung nach Kapitel 5.1 bis 5.5 unter Fristsetzung von den Bietern nachzufordern. Sollte ein Bieter der Nachforderung nicht fristgerecht nachkommen, kann dieser Bieter vom weiteren Verfahren ausgeschlossen werden.

Teil B: Leistungsbeschreibung

6. Ausgangslage und geforderter Leistungsumfang

Die RadSTRATEGIE ist die konzeptionelle Grundlage der Radverkehrsförderung in Baden-Württemberg. Diese sieht vor, dass alle Landesradfernwege nach ADFC-Kriterien zu klassifizieren sind. Eine ADFC-Zertifizierung der Landesradfernwege ist drei Jahre lang gültig. Um den Status als Qualitätsradroute und die damit verbundenen Vorteile dauerhaft zu erhalten ist die regelmäßige Re-Zertifizierung der baden-württembergischer Landesradfernwege als ADFC-Qualitätsradroute nötig und wird angestrebt. 20 Landesradfernwege mit insgesamt 5.233 km sind bereits klassifiziert. Ziel ist es, die für die Jahre 2023-2026 anstehenden Re-Klassifizierungen vorzubereiten, so dass im Anschluss die Re-Zertifizierung durch den ADFC erfolgen kann. Der Auftragnehmer ist verantwortlich für die Erfassung und Bewertung der Landesradfernwege. Alle gutachterlichen Tätigkeiten und Arbeiten, die im Vorfeld der Zertifizierung und zur Erneuerung des Siegels als Qualitätsradroute erforderlich sind, sollen durch den Auftragnehmer erbracht werden. Die soll in engem Austausch mit den Qualitätsbeauftragten der Wege erfolgen. Aufgabe des Auftragnehmers ist es, die Qualitätsbeauftragten stets über den Prozessstatus zu informieren, ihnen beratend zur Seite zu stehen und für eine stetige qualitative Verbesserung der Wege zu aktivieren.

7. Arbeitspakete

Folgender Auftrag untergliedert nach Arbeitspaketen (AP) wird vergeben.

AP 1: Projektsteuerung

Das Arbeitspaket 1 ist **als Pauschale** zu kalkulieren. Es umfasst regelmäßige Absprachen und Termine mit der NVBW per Telefon und E-Mail, sowie ein Auftaktgespräch in Präsenz¹. Zu Beginn des Auftrags hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber die Zertifizierungskriterien vorzulegen. Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber vierteljährlich (jeweils zum Quartalsende) über die in den abgelaufenen Monaten erfolgten Aktivitäten in Form eines kurzen Berichtes zu informieren. Der Bericht wird per E-Mail übergeben. Sämtliche Erhebungsdaten der Zertifizierung (Erhebungstabelle, Mängeldokumentation, Verbesserungsvorschläge, Fotos mit entsprechenden Koordinaten bzw. anderen Angaben zur zweifelsfreien räumlichen Zuordnung etc.) sind dem Auftraggeber in geeigneten, digitalen und – falls sinnvoll – voll

¹ Der Auftraggeber behält sich abhängig von der geltenden Corona-Verordnung den Wechsel auf eine Online-Sitzung vor.

bearbeitbaren Formaten zu übergeben. Die Nutzungsrechte daran liegen in vollem Umfang beim Auftraggeber sowie dem Ministerium für Verkehr.

Bei zeitlichen Verzögerungen oder Schwierigkeiten aller Art ist der Auftraggeber unverzüglich und unaufgefordert zu informieren.

Für Leistungen der Optionen 1 und 3 müssen die benötigten Arbeitszeiten und die ausgeführten Leistungen belegt und für den Auftraggeber nachprüfbar gemacht werden. Dies kann beispielsweise durch eine der Rechnung beigelegte Stundenübersicht oder ein Ticketingsystem erfolgen.

AP2: Gutachterliche und beratende Tätigkeiten zur Nachklassifizierung

Der Auftragnehmer ist verantwortlich für die Vorbereitung des Re-Klassifizierungsverfahrens. Dies umfasst die Komplettbefahrung der Landesradfernwege sowie die Erhebung und Nachbearbeitung der Daten gemäß den Anforderungen bzw. des Kriterienkatalogs des ADFC-Bundesverbands und die Gesamtkoordination des Verfahrens. Die anschließende Vergabe der Zertifikate selbst wird vom ADFC als Siegelgeber durchgeführt.

Die durch den Auftragnehmer zu erbringenden Aufgaben je nachzuklassifizierendem Landesradfernweg lauten im Einzelnen wie folgt:

- Koordinierung des gesamten Verfahrens zur Nachklassifizierung.
- Befahrung des zu klassifizierenden Weges in seinem Gesamtverlauf.
- Vollständige Erfassung und Dokumentation der Ist-Situation sowie bestehender Mängel und Schwachstellen gemäß den Anforderungen bzw. dem Kriterienkatalog des ADFC.
- Aktualisierung der Erfassungstabelle (wird kontinuierlich durch die Qualitätsbeauftragten fortgeschrieben) sowie Ergebnisdokumentation.
- Erstellung eines Erhebungsberichts, der die aktuelle Situation des Landesradfernwegs und einen Vergleich mit den Ergebnissen der letzten Klassifizierung darstellt. Sowohl Mängel als auch in die Zukunft gerichtete Verbesserungsvorschläge sollen benannt werden. Der Umfang des Berichts ist zu Beginn mit der NVBW abzustimmen. Der Bericht wird der NVBW und dem Qualitätsbeauftragten als PDF zur Weiterleitung an Anrainer und ggf. Dritte übergeben.
- Kommunikation und Abstimmung mit dem Qualitätsbeauftragten sowie ggf. betroffenen Stadt- und Landkreisen, Gemeinden und Tourismusorganisationen vor, während und nach der Befahrung.

- Bei Mängeln an der wegweisenden Beschilderung Bericht an den Auftraggeber und den Qualitätsbeauftragten sowie ggf. Unterstützung der Koordination der Behebung der Mängel an der Beschilderung in Zusammenarbeit mit Dritten (z. B. Dienstleister des Landes für die wegweisende Beschilderung des RadNETZ, Kommunen und / oder deren Bauhöfen).
- Abstimmung mit dem ADFC bezüglich der anschließenden Re-Zertifizierung.

Der Gesamtpreis des AP2 ist für die Gesamtstrecke aller von der Ausschreibung umfassten Landesradfernwege anhand einer **Pauschale je 50 km (eine Standardetappe)** zu berechnen. Die Kosten einer Etappe sind in der Kalkulation anzugeben. Die anzugebenden Kosten umfassen sowohl die Vor-Ort-Tätigkeiten als auch die Bürotätigkeiten.

Die folgenden Re-Zertifizierungen von Landesradfernwegen sind im Zeitraum von 2023 bis Ende 2026 vorgesehen. Die Kilometer-Angaben können durch Routenverlegungen leicht variieren. Das Verfahren zur Nachklassifizierung muss zeitlich so geplant werden, dass eine lückenlose Siegelnutzung gewährleistet wird.

Ausstehende Nachklassifizierungen		Länge (km)	Etappen
2023	Kocher-Jagst-Radweg	332	7
	Bodensee-Radweg	144	3
	Heidelberg-Schwarzwald-Bodensee-Radweg	305	7
	Neckartal-Radweg	374	8
2024	Albtäler-Radweg	186	4
	Radweg Liebliches Taubertal	103	3
	Schwarzwald-Panorama-Radweg	287	6
2025	Odenwald-Madonnen-Radweg	179	4
	Stromberg-Murratal-Radweg	152	4
	Remstal-Radweg	105	3
	Donau-Bodensee-Radweg	156	4
	Hohenzollern-Radweg	269	6
	Oberschwaben-Allgäu-Radweg	365	8
	Württembergischer Tälerradweg	274	6
	Württembergischer Weinradweg	396	8
	Schwäbische Alb-Radweg	415	9
	Badischer Weinradweg	460	10
	Naturpark-Radweg Schwarzwald	259	6
	Südschwarzwald-Radweg	269	6

2026	Donau-Radweg	203	5
	Kocher-Jagst-Radweg	332	7
	Bodensee-Radweg	144	3
	Heidelberg-Schwarzwald-Bodensee-Radweg	305	7
	Neckartal-Radweg	374	8
Gesamt	24 Nachklassifizierungen	6.388 (km)	142

AP3: Unterstützung der Qualitätsbeauftragten im Nachklassifizierungsverfahren

Für jeden der 20 Wege gibt es je einen zuständigen Qualitätsbeauftragten. Er ist mit der kontinuierlichen Beobachtung und Prüfung der Entwicklung des klassifizierten Wegs betraut und schreibt die Erfassungstabelle fort. Zudem koordiniert er die Aktivitäten entlang des Weges und ist erster Ansprechpartner für den ADFC sowie für die Anrainer. Der Qualitätsbeauftragte bildet eine Schnittstelle und ist neben dem Auftraggeber erster Ansprechpartner für den Auftragnehmer. Die Qualitätsbeauftragten sind durch den Auftragnehmer über alle Aktivitäten im Rahmen der Re-Klassifizierung sowie Änderungen der Zertifizierungskriterien zu unterrichten. Darüber hinaus steht der Auftragnehmer den Qualitätsbeauftragten bei Fragen rund um die Nachklassifizierung oder die Verbesserung der Situation vor Ort beratend zur Seite. Die Beratung sollte grundsätzlich per Mail und/oder telefonisch erfolgen.

Je Nachklassifizierungsverfahren wird eine Beratungspauschale von 1,5 Arbeitstagen gewährt, woraus sich ein Beratungsumfang von insgesamt 36 Arbeitstagen errechnet. Im Angebot ist eine **Pauschale für 1,5 Arbeitstage** auszuweisen.

Option 1: Unterstützung der Qualitätsbeauftragten außerhalb des Nachklassifizierungsverfahrens

Bei der dauerhaften Betreuung der Landesradfernwege durch die Qualitätsbeauftragten besteht auch außerhalb der Klassifizierungsverfahren gelegentlich Informations- und Beratungsbedarf. Aufgrund der verteilten Zuständigkeiten von ADFC, TMBW und NVBW existiert derzeit keine zentrale Anlaufstelle für die Qualitätsbeauftragten. Der Auftragnehmer soll diese Funktion künftig übernehmen und den Qualitätsbeauftragten beratend zur Seite stehen.

Die Beratung soll telefonisch oder per Mail durchgeführt werden, denkbar wäre in Absprache mit dem Auftraggeber auch ein regelmäßiger digitaler Termin. **Ihre Abrechnung erfolgt stundenweise.** Für das Angebot ist von einem jährlichen Beratungsumfang von maximal 350 Stunden auszugehen.

Option 2: Pauschalpreise: Teilnahme an Gremiensitzungen und Veranstaltungen

Die Aufgabe umfasst die aktive Teilnahme an Sitzungen und Veranstaltungen zur Re-Klassifizierung im Allgemeinen oder von einzelnen Wegen. Dazu gehören auch die Vorbereitung und Durchführung inhaltlicher Beiträge und Präsentationen zum aktuellen Stand der Arbeiten, zu Erfolgen oder zum methodischen Vorgehen der Befahrung. Die Teilnahme an den jährlichen Treffen der Arbeitsgruppe Landesradfernwege ist fest einzuplanen. Ob es darüber hinaus im Beauftragungszeitraum weitere Veranstaltungen geben wird, ist noch nicht absehbar. Im Angebot soll jeweils ein **Pauschalpreis** für

- Option 2a) eine zweistündige Veranstaltung
- Option 2b) eine halbtägige Veranstaltung
- Option 2c) eine ganztägige Veranstaltung

angegeben werden. Dabei soll jeweils differenziert werden zwischen Onlineveranstaltungen sowie Präsenz-Terminen in Baden-Württemberg. In den Pauschalpreisen der Präsenz-Veranstaltungen sind sämtliche Reise- und Nebenkosten einzuschließen.

Option 3: Aktivierung kleinerer Kommunen

Die kontinuierliche Instandhaltung und Nachbesserung der Landesradfernwege ist für den Siegelerhalt und die Schaffung eines attraktiven Angebots für den Radtourismus in Baden-Württemberg zwingend erforderlich. Die Befahrungsberichte des vorherigen Klassifizierungsverfahrens weisen auf Mängel hin und geben Ansatzpunkte für Verbesserungsmaßnahmen. Für die Umsetzung von Verbesserungs- und Instandhaltungsmaßnahmen sind entlang eines Landesradfernwegs je nach Wegabschnitt unterschiedliche Baulastträger (Städte, Gemeinden, Landkreise, Forst- oder Wasserwirtschaftsämter) verantwortlich. Das Engagement und die Sensibilität für die Umsetzung der Empfehlungen ist in den Gemeinden unterschiedlich stark ausgeprägt. Ziel ist es, alle Kommunen in Baulastträgerschaft für die Umsetzung der Maßnahmen zur Qualitätssicherung der Wege zu aktivieren. Der Auftragnehmer soll in seinem Angebot ein Konzept vorstellen, wie dies erreicht werden kann. Ergänzend soll angegeben werden, welcher zeitliche Mindestbedarf für eine sinnvolle Umsetzung des Konzeptes als notwendig erachtet wird. Das inhaltliche Hauptaugenmerk ist auf die Ansprache kleinerer Kommunen zu legen, denen es oftmals an eigener Kompetenz im Bereich Radverkehr, personellen und finanziellen Kapazitäten mangelt. Im Zuge der Umsetzung des Konzepts zur Sensibilisierung und Aktivierung der Kommunen soll der Auftragnehmer seiner bereits bestehenden Kontakte und Netzwerke, wie auch allgemeine Expertise einbringen. Die bestehenden Netzwerke und Kontakte sind im Rahmen der Angebotsstellung zu benennen.

Der Bieter soll im Rahmen seines Angebots ein Konzept ausarbeiten, in dem er anschaulich darlegt, wie die Aktivierung der kleineren Kommunen erfolgen kann. Es soll die kalkulierte Arbeitszeit je Landesradfernweg sowie der zugrunde gelegte Stundensatz angegeben werden. Die Entscheidung über das genaue Vorgehen und den Umfang der Aktivierung erfolgt in Abstimmung zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber, obliegt aber dem Auftraggeber. **Die Aufgabe wird nach Stundenaufwand (quartalsweise) abgerechnet.** Für das Angebot ist von einem jährlichen Beratungsumfang von maximal 350 Stunden auszugehen.

Anmerkung

Bitte beachten Sie, dass die Vergabe der Zertifikate, die Logonutzung sowie Kommunikations- und Marketingaktivitäten nicht Teil dieser Beauftragung sind.

Anlagenverzeichnis

Anlage 1	Allgemeinen Geschäftsbedingungen der NVBW (Stand 2020) (als gesonderte Datei)
Anlage 1	Kalkulationsblatt (siehe unten)
Anlage 2 und 3	Besondere Vertragsbedingungen und Muster für Tariftreueerklärung (siehe gesondert bei Vordrucken)
Anlage 4	Vordruck für Erklärungen in Vergabeverfahren (Kapitel 4.2 Teil 1 und Kapitel 5.1) (siehe gesondert bei Vordrucken)
Anlage 5	Nutzungserklärung siehe unten

Anlage 2:

Kalkulationsblatt zur Ausschreibung eines externen Dienstleisters für die Re-Klassifizierung und Re-Zertifizierung der baden-württembergischen Landesradfernwege und die Schulung der Qualitätsbeauftragten

Ich/wir bieten die Ausführung der beschriebenen Leistungen zu den von mir/uns im nachfolgenden Kalkulationsblatt eingesetzten **Netto-Preisen** wie folgt an:

#	Positionen	Menge (1)	Einzelpreis in € (2)	Gesamtkosten in € (3)=(1)*(2)
1	AP 1: Projektsteuerung 1. Pauschalpreise: Absprachen und Termine mit der NVBW per Telefon/Mail + vierteljährlicher Bericht	1		
2	AP 2: Gutachterliche und beratende Tätigkeiten zur Nachklassifizierung 1. Pauschalpreise: Standardetappe (je 50 km)	Entsprechen d der Weglängen und Etappen (Tabelle S. 14)		
3	AP 3: Unterstützung der Qualitätsbeauftragten im Nachklassifizierungsverfahren 1. Beratung per Telefon & E-Mail a. Pauschalpreis für 1,5 Tage	24 Nachklassifizierungen		
Summe Wertungspreis				
#	Positionen	Menge (1)	Einzelpreis in € (2)	Gesamtkosten in € (3)=(1)*(2)
4	Option 1: Unterstützung der Qualitätsbeauftragten außerhalb des Nachklassifizierungsverfahren 1. Stundensatz Beratung	1		
5	Option 2: Teilnahme an Gremiensitzungen und Veranstaltungen (Pauschalpreise)			

	1. Präsenz-Veranstaltungen a. zweistündige Veranstaltung b. halbtägige Veranstaltung c. ganztägige Veranstaltung 2. Online-Veranstaltungen a. zweistündige Veranstaltung b. halbtägige Veranstaltung c. ganztägige Veranstaltung	0,16 0,16 0,16 0,16 0,16 0,16		
6	Option 3: Aktivierung kleinerer Kommunen (Stundensatz)	1		

Die Positionen „Optionen“ werden nur ggfls. nach Zuschlagserteilung beauftragt, gehen jedoch mit der in der Spalte (1) angegebenen, fiktiven Menge in die Bewertung ein.

Hiermit erkläre(n) ich/wir, dass ausschließlich die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der NVBW-Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbH Bestandteil meines/unseres Angebotes sind.

Ort, Datum und rechtsverbindliche Unterschrift (inkl. Name in Klarschrift) des Bieters/ der Bietergemeinschaft

Anlage 5

Nutzungsrechte

Der Auftraggeber möchte die Nutzungsrechte aller Bestandteile der Leistung erhalten, insbesondere um die einzelnen entwickelten Werke auch für andere Maßnahmen außerhalb des Vertrages und nach Vertragsbeendigung verwenden zu können. Folgende Lizenzvereinbarung wird vereinbart:

(1) Der Auftraggeber erwirbt mit der vollständigen Zahlung der Vergütung der Leistung das zeitlich, örtlich, inhaltlich, nach Verwendungszeck und in jeder sonstigen Weise uneingeschränkte und ausschließliche Nutzungsrecht zur Veröffentlichung, Vervielfältigung und Verwertung an dem vom Auftragnehmer erbrachten Werk, soweit die Übertragung nach deutschem Recht oder den tatsächlichen Verhältnissen möglich ist. Zieht der Auftragnehmer zur Vertragserfüllung freie Mitarbeiter (Erfüllungsgehilfen) heran, wird der Auftragnehmer deren Nutzungsrechte erwerben und im gleichen Umfang an das Land Baden-Württemberg übertragen.

(2) Mit der Bezahlung eines Werkes darf der Auftraggeber dieses Werk einschließlich aller denkbaren Rechtspositionen an Ideen, Entwürfen und Gestaltungen ohne Mitwirkung des Auftragnehmers ausschließlich und (auch zeitlich) uneingeschränkt ohne weiteres Entgelt nutzen und ganz oder teilweise beliebig auswerten. Dies gilt auch bei vorzeitiger Beendigung des Vertragsverhältnisses. Der Auftraggeber darf zudem Dritten unentgeltlich das einfache Nutzungsrecht einräumen.

(3) Ein Anspruch auf Nennung des Urhebers besteht nicht. Der Auftraggeber wird dies jedoch in Einzelfällen gestatten.

(4) Der Auftragnehmer bedarf zu Veröffentlichungen der Einwilligung des Auftraggebers.

Ort, Datum und rechtsverbindliche Unterschrift (inkl. Name in Klarschrift) des Bieters/ der Bietergemeinschaft